

# Stadtplanung mit den Betroffenen

Markus Brändle

Sprache ist durchdrungen von Bildern, die wir uns von der Wirklichkeit machen und nach denen wir unser Handeln ausrichten. Auch der Titel dieses Referats enthält ein uns leitendes Bild. Dieses «Leit-Bild» gewinnt Konturen, wenn wir den Titel mit einem Frage- oder einem Ausrufzeichen versehen. Inhalt und Bedeutung des «Leit-Bildes» werden jetzt wahrnehmbar: Wir unterscheiden zwischen Stadtplanung einerseits und Betroffenen andererseits. Dieser Auftrennung liegt die Annahme zugrunde, *Stadtplanung gelte einer Sache* und nicht menschlichem Handeln und Verhalten in Raum und Zeit. Der Begriff «Stadtplanung» kann uns glauben machen, es handle sich (lediglich) um sachhafte und sachliche Planung von räumlichen Strukturen. Die Auffassung, Stadtplanung sei Sachplanung, ist wohl so alt wie die Städte selbst. Diese Auffassung prägt und leitet unser Denken, Sprechen und Handeln; sie schlägt sich auch nieder im Aufbau und in der Gliederung unserer Verwaltungen und Behörden [1] und sie bestimmt auch Strukturen und Inhalte unserer (Aus-)Bildungs- und Dienstleistungssysteme. Die ganze Macht des Faktischen stützt also diese Auffassung. Ist sie allein deswegen auch richtig?

Helmut Schelsky [2] hat auf die Voraussetzungen und Folgen dieser Auffassung hingewiesen: Die Auffassung, Stadtplanung sei Sachplanung, setzt ein völlig einheitliches soziales Wollen, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens voraus. Diese Homogenisierung des sozialen Willens und Wollens kann nur zustande kommen aufgrund einer ungeheuren *Machtkonzentration* auf einige wenige gesellschaftliche Individuen und Gruppen oder/und aufgrund einer völligen Ausgrenzung und Ausblendung von Handlungs- und Planungszielen aus sozialen Auseinandersetzungen, d. h. aufgrund weitgehender oder totaler *Entpolitisierung*. Sowohl Machtkonzentration wie Entpolitisierung stehen aber im Widerspruch zu geltenden Verfassungen und zu weitverbreiteten Auffassungen von unseren Gemeinwesen. Ursprünglich bedeuteten Begriffe wie «Gemeinde», «Gemeinschaft», «Gemeinwesen»: Was alle angeht und von allen ausgeht [3]! Diese Bedeutung und der in ihr enthaltene Anspruch scheinen heute vergessen oder nicht mehr gültig zu sein. Können oder wollen jene, deren «Sache» gut «bestellt» ist, diesen Anspruch nicht mehr hören? Können oder dürfen jene, um deren «Sache» es nicht so gut steht, diesen Anspruch nicht mehr (noch nicht) stellen? Wer bestimmt eigentlich, was «die Sache» sein kann oder sein soll, und um wessen «Sache» geht es überhaupt?

Antworten auf diese Fragen fallen recht verschieden aus – offensichtlich weil sie auf dem Hintergrund von zwei gegenläufigen Entwicklungen abgegeben werden:

- Einerseits nehmen Machtkonzentration wie Entpolitisierung tendenziell eindeutig zu [4],
- andererseits gibt es immer mehr «soziale Bewegungen», welche Dezentralisierung jeglicher Macht, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung praktizieren oder zumindest fordern [5].

Beide Entwicklungen sind für die im Titel «Stadtplanung mit den Betroffenen» enthaltene Frage bzw. Forderung bedeutsam. Sie zwingen uns zunehmend, auch die bestehenden menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Problematiken zu erkennen – sie helfen uns vielleicht auch, diese Problematiken überhaupt zuzulassen und eine Weile auszuhalten; «auszuhalten» deswegen, weil es ausser Scheinlösungen wie «Verdrängung» und «Unterdrückung» auf diese Fragen keine Sofort- und keine Patentlösungen gibt. Umstritten sind nämlich nicht nur die Problemlösungen, sondern bereits die Problemstellungen [6]; die folgenden Fragen sollen dies kurz andeuten:

- Trifft es zu, dass Stadtplanung wohl alle angeht, aber längst nicht von allen ausgeht? Sind nur wenige beteiligt an etwas, das alle betrifft? Wie sind diese einseitigen Austausch-Beziehungen zustande gekommen? Wie liesse sich dieses Geben und Nehmen fairer gestalten?

- Trifft es zu, dass das erwähnte Ungleichgewicht an Partizipation ergänzt und vervollständigt ist durch eine recht ungleiche Verteilung von materiellen und ideellen «Ressourcen», z. B. bezüglich Information, Wissen, «Know-how», Durchsetzungsvermögen, Ansehen, Einkommen, Bildung, Macht und Einfluss usw.?

- Trifft es zu, dass gleichzeitig und quasi über all den erwähnten Disparitäten *Werte, Normen und Kriterien* gelten, die den genannten Gefällen diametral entgegenstehen, etwa: Gleichheit und Gleichwertigkeit, demokratische Teilnahme und Teilhabe, Gerechtigkeit, Freiheit, Wahrheit usw.?

- Trifft es zu, dass gleichzeitig und trotz der erwähnten Disparitäten sehr viele Menschen umgetrieben und erfüllt sind von Gefühlen, von Sehnsucht und von Hoffnung nach etwas, das noch nicht ist? Niemand von uns war je dort und trotzdem kennen viele und ahnen alle die Richtung: Nieder mit dem Packeis! Freie Sicht aufs Mittelmeer! Keine Macht für niemand! [7]. Oder in Worten von Ernst Bloch: Das Eigentliche ist dasjenige, was noch nicht ist. Das Morgen im Heute lebt, es wird immer nach ihm gefragt. Die Richtung ist überall die gleiche: Glück, Freiheit, Nicht-Entfremdung, Heimat [8].

Stadtplanung kann diese Fragen nicht «lösen»; sie kann sich ihnen aber auch nicht entziehen! Stadtplanung realisiert sich im Rahmen dieser sozialen und räumlichen Disparitäten, Widersprüche und Gefälle. Damit ist sie fundamental *politisch*, und zwar auch und gerade dort, wo sie annimmt oder vorgibt, lediglich mit «Sachen» befasst zu sein [9].

Eine sog. «Sachplanung» mag noch so unbedeutend und nebensächlich sein – sie ist immer eine «Problemlösung» und damit eine Antwort auf eine Problemstellung. Problemstellungen aber sind insofern willkürlich und beliebig, als sie ausschliesslich bestimmt sind von den Erkenntnis- und Handlungsinteressen der Beteiligten.

Betroffene, die nicht zugleich Beteiligte sind, bleiben also sowohl von der Problemstellung wie von der Problemlösung ausgeschlossen. Ist dieser Ausschluss die Ausnah-

me, ist er einmalig und punktuell, so braucht er keine Auswirkungen zu haben. Wenn er sich jedoch wiederholt oder gar zur Regel wird bzw. immer wieder oder grundsätzlich dieselben Menschen oder Gruppen trifft, dann müssen wir mit Folgen rechnen, die wir alle kennen und oft beklagen: Desinteresse, Apathie, Resignation, Verdummung, Inkompetenz, Zusammenhangsblindheit, Anfälligkeit für «Hau-Ruck»-Lösungen und Schlagwort-Rezepte, Scheu vor Engagement, Angst vor Veränderungen, Rückzug ins Private und ins «Glück im Winkel», wo Probleme noch versteh- und steuerbar scheinen oder sind, usw. Mit scheint, diese Folgen von Ausschlüssen werden oft und vorschnell als «Argumente» missbraucht, um weitere und neue Ausschlüsse zu legitimieren. Mir scheint auch, bei Exekutiven und Behörden, bei Chefs in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, aber auch bei Vertretern von Gewerbe, Wirtschaft, Industrie und Handel und bei Funktionären und Exponenten von Parteien und Verbänden – mir scheint, im Kreis dieser tatsächlich Beteiligten nehme die Ansicht überhand, Stadt- und andere Planungen wären *ohne Betroffene* effizienter, rationaler, billiger, schneller, konsistenter und kompetenter durchzuführen und zu realisieren. Sind, falls diese Eindrücke zutreffen, hier wirklich alle Kosten und Nutzen verrechnet worden oder stehen lediglich kurzfristige Gemeinnutzen oder gar blosser Eigennutzen im Vordergrund? Die menschlichen und sozialen Kosten eines jeden einzelnen Ausschlusses oder «Aussteigers» sind hoch; summiert und sich gegenseitig verstärkend, werden sie bald unbezahlbar. Abgesehen von diesen Kosten: Können, dürfen und wollen wir auf die älteste und zugleich unerschöpfliche Energiequelle des Menschen, nämlich auf dessen soziale, d. h. vom Sozialen ausgehende und auf das Soziale gerichtete Aktivität verzichten [10]? Wer diesen Verzicht offen oder insgeheim bejaht, wer den Ausschluss vieler Menschen und Gruppen von gesellschaftlichen oder stadtbezogenen Planungsprozessen toleriert oder aktiv betreibt, der riskiert und verantwortet eine soziale Energiekrise ungeahnten Ausmasses.

Was ist, was wäre zu tun? Was ist schon unternommen und was ist bereits versucht worden? Wir kennen die Lösungs- und die Schlagworte; ich zähle einige Beispiele auf [11]:

Offene Planungen (in vielen Städten der Schweiz), öffentliche Ideenwettbewerbe (z. B. in Berlin-Kreuzberg), das Konzept der «Planungszelle» von Peter Dienel [12], Koch-, Rezept- und Handbücher für Gemeinschaftsaktionen und für demokratische Teilnahme [13], Bürger- und Bewohnerinitiativen, Selbstverwaltungsmodelle [14], Quartierdemokratie und Quartierautonomie [15], Offene Briefkästen [16], Anhörungen und offene Sprechstunden bei politischen Behörden [17], Umfragen von Interessensorganisationen, Massenmedien und Verwaltungen [18], Orientierungs- und Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Bestandaufnahmen und Quartieranalysen [19], Öffentlichkeitsarbeit, parlamentarische Vorstösse, Petitionen, Anwaltsplanung [20] Quartier- und Gemeinwesenarbeit [21], usw. Die Liste liesse sich ohne weiteres verlängern: Eine vom deutschen Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau herausgegebene Dokumentation zur «Partizipation bei der Stadtplanung» beispielsweise umfasst mehr als 1000 Titel allein aus dem Bereich der BRD und der Schweiz [22].

Was ist daraus zu folgern? Ich meine, unter dem Titel «Stadtplanung mit den Betroffenen» genüge es nicht, die lange Liste sogenannter «Lösungen» einfach zu erweitern oder einzelne «Rezepte» daraus als beste aller möglichen «Lösungen» auszugeben.

Bevor sog. «Lösungen» überhaupt diskutiert oder gar umgesetzt werden können, müssen wir die *Problemstellung analysieren*. Diese Analyse erfolgt niemals wertfrei; sie ist geleitet und gleichsam «gefangen» vom Interesse,

bestimmte Entwicklungen, Zustände oder Sachverhalte zu problematisieren, das heisst: als Problem zu artikulieren und anzuerkennen (bzw. eben nicht!). Dies ist ein eminent politischer Vorgang – und zwar auch dann, wenn Probleme scheinbar sachlich und geräuschlos gelöst werden, ohne dass sie je öffentlich gestellt und damit zugelassen worden wären. Hier bleibt nicht nur die Frage, wem Problemlösungen nützen bzw. schaden, sondern auch die Frage, wer von nicht artikulierten Problemen profitiert bzw. daran leidet, unbeantwortet [23].

Wer sich für diese Fragen interessiert und Antworten nicht scheut, der findet heute ausreichende Informationen zur Problemstellung [24]. Zwei Tatbestände müssen hier genügen:

– Problematisierbar ist erstens der Tatbestand, dass unsere Gemeinwesen von einer recht kleinen *Elite* geplant, bestimmt und geleitet werden [25]. Diese politische Oligarchie arbeitet unter dem Gesichtspunkt der internen Konsensherstellung und unter sehr weitgehendem Ausschluss der Bürger und Bewohner; ihre Mittel sind u. a.: Realitätsverleugnung, Konfliktvermeidung, Diskretion und Verschwiegenheit, Hypostasierung (d. h. unzulängliche Verdinglichung) des Souveräns, Betonung territorialer oder kleinräumlicher Identitäten und Loyalitäten [26].

– Problematisierbar ist zweitens die Tatsache, dass immer mehr Individuen und Gruppen ihre Interessen nicht oder nur ungenügend in planerische und politische Prozesse einbringen können, weil ihnen die für den Aufbau wirksamer Instrumente der Interessenvertretung notwendigen materiellen *Ressourcen fehlen* [27], oder weil sie bereits beim Versuch, ihre Interessen zu artikulieren, *behindert* werden [28].

Die genannten Tatbestände können verschieden wahrgenommen und interpretiert werden. Ich selbst gehe davon aus, dass es sich dabei um soziale Problematiken ersten Ranges handelt, und dass die Diskussion von Beteiligungsformen an städtischen Planungen bei diesen Problemstellungen anzusetzen hat.

Wer dem zustimmen kann, der stösst recht bald auf eine erste, grundsätzliche Folgerung: Wahrhaftige «Stadtplanung mit den Beteiligten» setzt gleichwertige Teilnehmer voraus; diese Voraussetzung ist heute nicht gegeben. Damit ergibt sich eine zweite, praktische Folgerung:

Vor oder zumindest parallel zu einer Planungsbeteiligung (sofern sie nicht auf sog. Sachlösungen beschränkt sein soll) müssen Entwicklungen gefördert oder zugelassen werden, in deren Verlauf die heute bestehenden erheblichen Gefälle und Disparitäten hinsichtlich Macht und Einfluss, hinsichtlich materieller und ideeller Ressourcen, hinsichtlich Organisationsgrad und Organisationsfähigkeit, hinsichtlich Artikulationsvermögen und Informationsgrad, hinsichtlich Planungs- und Gestaltungsinteressen usw. – in deren Verlauf diese Gefälle ausgeglichen oder kompensiert werden können [29]. Man kann hier kritisch einwenden, ob es nicht idealistisch sei, anzunehmen, solche Entwicklungen würden je möglich. Dieser Einwand wäre mit der Frage zu konfrontieren, ob es denn realistisch sei, anzunehmen, solche Entwicklungen würden nie not-wendig.

Sicher ist, dass solche heute möglichen und notwendigen Entwicklungen in Richtung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Gleichwertigkeit grosse Zeit- und Spielräume brauchen. In diesem Zusammenhang lässt sich eine dritte, grundsätzliche Feststellung formulieren:

Je eingeschränkter und exquisiter der Kreis der Beteiligten, je isolierter demzufolge die Problemstellung – desto kleiner wird i. d. R. auch die Zahl der zur Diskussion stehenden Problemlösungen sein, und um so kleiner wird der für den Lösungsprozess notwendige Zeit- und Spielraum sein.

Ein Weg also, der auf den ersten Blick effizient erscheinen mag. Es gibt jedoch auch hier einen Wegzoll, nämlich

sinkende Problemlösungsfähigkeit und steigender Aufwand für die Verdrängung und Verleugnung von Problemstellungen im gesamten gesellschaftlichen System. Die dritte Feststellung lässt sich auch anders formulieren: Je offener und je freier zugänglich der Kreis der Beteiligten, je integrierter und «vernetzter» [30] die Problemstellungen – desto grösser wird i. d. R. die Zahl der zur Diskussion stehenden Problemlösungen, und um so grösser wird der für den Lösungsprozess notwendige Zeit- und Spielraum sein.

Ein Weg also, der auf den ersten Blick umständlich und aufwendig erscheinen mag [31]. Er ist in der Tat mit Kosten, aber auch mit Nutzen verbunden. Einerseits würde die Problemlösungsfähigkeit des Gesamtsystems zunächst kaum steigen – eher sogar sinken. Über die Verteilung entsprechender Folgekosten müsste und könnte bei dieser Variante jedoch – im Gegensatz zu heute – fair gesprochen und gerecht entschieden werden. Andererseits würden jene Aufwände überflüssig, die bisher für die Verdrängung und Verleugnung von Problemen notwendig waren. Damit entfielen auch die Folgekosten der Problemabwehr. Gleichzeitig würde in Form von sozialer Aktivität Energie frei, d. h. es wäre eine steigende Teilnahme und Teilhabe der Bürger und Bewohner festzustellen, und viele in der Tat drängende und ungelöste Problematiken könnten dargestellt und auch angegangen werden.

Der Ausspruch von Peter Bichsel wäre überholt: «Wer will sich schon um Dinge kümmern, in denen er zwar wohnt, aber nicht lebt» [32].

Auf dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen lassen sich nun Erfordernisse ableiten, die als *Rahmenbedingungen* für eine «Stadtplanung mit den Betroffenen» gelten können:

1. Stadtplanung ist mehr als blosse Sachplanung. *Stadtplanung ist ein politischer Prozess*, in dem unter anderem ausgehandelt und entschieden wird [33],

- a) welche Problemwahrnehmungen und Problemstellungen überhaupt zugelassen,
- b) welche Problemerkklärungen akzeptiert,
- c) welche Zielsetzungen angestrebt,
- d) welche Partner am Lösungsprozess beteiligt,
- e) welche Lösungsstrategien entwickelt und eingesetzt, und
- f) welche Kriterien und Indikatoren zur Verlaufs- und Erfolgskontrolle herangezogen werden sollen.

«Stadtplanung mit den Betroffenen» umfasst alle genannten Bestandteile a) bis f).

2. Die politischen und fachlichen Eliten, revidieren ihre heute dominante Auffassung, Stadtplanung sei Sachplanung. Dies setzt eine Bereitschaft zu Lern- und Umdenkprozessen voraus. Diese Prozesse brauchen Zeit, Geduld, Ausdauer und Hilfestellungen.

3. Aufbau und Gliederung der Verwaltungen [34] stützen die Wahrnehmung, Stadtplanung sei Sachplanung. Wenn, wie in der Stadt Zürich [35], allein auf Seiten der Verwaltung bis zu sieben verschiedene Fachstellen einzu-beziehen sind, dann verstärkt und bestätigt sich quasi der Eindruck, es handle sich lediglich um Sachplanung(en). In diesem Zusammenhang drängt sich eine *Überprüfung der Verwaltungsorganisation* auf. Ohne hier näher darauf eingehen zu können, wäre zu fordern, dass hierbei u. a. auch Prinzipien der Arbeitsvereinigung (anstelle der Arbeitsteilung) und Prinzipien der Dezentralisation (zentrale Exekutive, dezentrale Teil-Exekutive, dezentrale Aussenstellen) bzw. Dekonzentrierung (zentrale Exekutive, weisungsgebundene Aussenstellen) angewendet würden [36].

4. Die politischen und fachlichen Eliten nehmen zur Kenntnis, dass die Situation einer Mehrheit «der Betroffenen» von vielfältigen und sich zum Teil gegenseitig ver-

stärkenden sozialen und wirtschaftlichen Defiziten gekennzeichnet ist: so u. a. in den Bereichen der Ausstattung mit materiellen und ideellen Gütern, der sozialen Beziehungen und der Teilnahme, der Macht und des Einflusses [37]. Die allgemeine Lebenslage dieser Betroffenen lässt sich mit dem Schlagwort der «*Entfremdung*» charakterisieren; es handelt sich um gesellschaftliche Standorte, in denen die räumliche und soziale Umgebung als nicht verstehbar und nicht beeinflussbar erlebt wird [38]. Eine Arbeitsgruppe, welche im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die «Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklungsplanung und im Wohnbereich bei Vorhaben im Hamburger Raum» untersucht hat, schreibt in diesem Zusammenhang: Entfremdung ist ein durch gesellschaftliche Entwicklungen verursachtes Befinden, das sich individuell als Gefühl von Machtlosigkeit, Sinnlosigkeit, Normenlosigkeit, Isoliertheit und Selbstentfremdung äussert. «Entfremdung ist – auf unsere Untersuchung bezogen – gleichbedeutend mit Gleichgültigkeit, mit politischer Apathie und Resignation. Resignation ist laut unserer Untersuchung vorherrschend bei den typischen Vertretern des «Normalbürgers»» [39].

5. Betroffene in entfremdeten Lebensbedingungen können und sollen befähigt und in die Lage versetzt werden, ihre Betroffenheit wahrzunehmen; sie sollen sich organisieren und entsprechend handeln können.

Solche Prozesse brauchen nicht nur Zeit, Geduld und Ausdauer, sondern nachgewiesenermassen auch vielfältige Hilfestellungen und flankierende Massnahmen, die man heute unter dem Begriff der «Gemeinwesenarbeit» zusammenfasst.

Diese Prozesse vereinigen zwei Entwicklungen, nämlich

- a) (als Voraussetzung) einen Abbau sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gefälle bzw. einen Ausgleich der dadurch begründeten unterschiedlichen Kompetenzen, und
- b) (als ermöglichte Folge) aktive Teilnahme und Teilhabe an wirklich demokratischen Planungs- und Entscheidungsvorgängen.

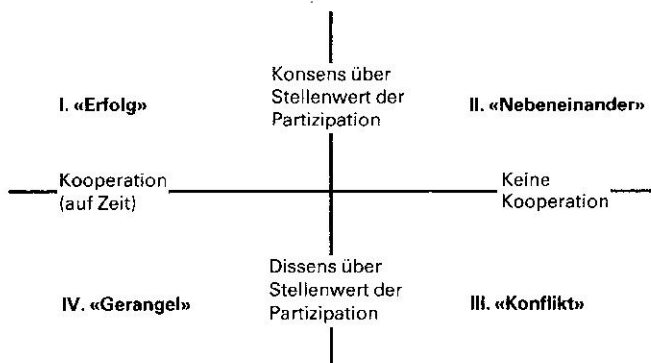
Ohne die Möglichkeit grösserer sozialer und politischer Verteilungskämpfe in Betracht zu ziehen, sind diese Entwicklungen nur denkbar, wenn auch die politischen und fachlichen Eliten mehr Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit, mehr Wahrheit und Wahrhaftigkeit, mehr Freiheit und Fairness, mehr Partizipation und solidarische Selbstbestimmung anstreben und zulassen.

In der Praxis können wir heute nicht davon ausgehen, die erwähnten fünf Randbedingungen seien erfüllt. Die Bedingungen signalisieren jedoch die Richtung einer möglichen Entwicklung; sie bilden gleichsam ein Dimensionengefüge, in dem sich konkrete Versuche einer Planungs-beteiligung lokalisieren lassen. Nicht ein Versuch fand oder findet ja unter gleichen Bedingungen statt. Deshalb können sowohl Befürworter als auch Gegner einer Partizipation von Betroffenen mühelos Beispiele und Belege vorweisen, welche ihre Position zu bestätigen scheinen. Solche Auseinandersetzungen sind nur dann fruchtbar, wenn auch die Bedingungen, unter denen Partizipation versucht wurde, bekannt und diskutiert sind.

Entscheidend in der Praxis wird vor allem sein, welcher Sinn und Stellenwert einer Beteiligung von Betroffenen zugeordnet wird [40]:

- Ist Partizipation ein *Ziel an sich* – etwa um aus Zuständen der Anonymität, der Apathie oder der Gleichgültigkeit herauszufinden?
- Ist Partizipation ein *notwendiges Mittel* – etwa wenn es um Effizienz oder den Abbau von Widerständen oder die Optimierung von Erfolgswahrscheinlichkeiten geht?
- Ist Partizipation ein *notwendiges Mittel* – etwa auf dem Weg zu solidarischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Menschen?

- Ist Partizipation lediglich ein mögliches Mittel, für bestimmte Ziele und für andere dagegen nicht? Elite und Basis, Verwaltung und Betroffene können sich über den Stellenwert der Partizipation einig sein; dieser Stellenwert kann aber auch umstritten sein. Zur gleichen Zeit können Elite und Basis, Verwaltung und Betroffene kooperieren (im weiten Sinne) oder eine Zusammenarbeit anstreben bzw. diese weit von sich weisen.



Die erwähnten beiden Beziehungen, «Einigkeit bzw. Uneinigkeit bezüglich des Stellenwerts von Partizipation» und «Kooperation bzw. Separation zwischen Verwaltung und Betroffenen», lassen sich als *Fadenkreuz mit vier verschiedenen Feldern* darstellen:

Im *Feld I* kann die Kooperation mehr oder weniger intensiv und gleichzeitig der Konsens bezüglich des Stellenwerts von Partizipation mehr oder weniger gefestigt sein. Je nach dem garantiert dieses Feld mehr oder weniger «Erfolg».

Im *Feld II* besteht oder bestünde zwar mehr oder weniger Einigkeit über Sinn und Zweck von Partizipation, es wird jedoch aus zufälligen oder grundsätzlichen Gründen (noch) nicht zusammengearbeitet. Man kann dieses Feld als «Nebeneinander», das verschiedene Färbungen annehmen kann, charakterisieren.

*Feld III* wird mehr oder weniger «konfliktreich» sein, weil hier weder kooperiert noch Einigkeit über Partizipation erreicht werden kann.

Im *Feld IV* schliesslich wird zwar kooperiert – hingegen sind Sinn und Stellenwert der Partizipation umstritten. In diesem Feld sind sog. «Gerangel» zu erwarten.

Im Hinblick auf die Praxis der Stadtplanung und der Betroffenenbeteiligung kann es sich lohnen, ein wenig bei diesen Feldern zu verweilen. Aus Platzgründen müssen wir uns im Rahmen dieses Aufsatzes auf zwei Fragestellungen beschränken:

- Welche Beispiele versuchter oder realisierter «Stadtplanung mit den Betroffenen» lassen sich welchem Feld bzw. welchen Feldern zuordnen? Finden sich in der Praxis Beispiele für «Wanderungen» von einem Feld ins andere, und wie lassen sich diese «Wandlungen» erklären?

- Lässt sich bei konkreten Beispielen aufzeigen, wem was wichtig war, wer was anstrebte bzw. zuließ?

Wir können davon ausgehen, dass sowohl Verwaltungen (Eliten) als auch Betroffene (Basis) an «Erfolgen» interessiert sind, dass sie aber nicht in jedem Fall dasselbe unter einem «Erfolg» verstehen.

Die gestellte Frage wäre dann zu präzisieren: Sucht die Verwaltung (die Elite) primär Kooperation und weniger Partizipation weil/wenn diese wenig «Erfolg» verspricht? Und: Suchen die Betroffenen (die Basis) primär Partizipation und weniger Kooperation, weil/wenn diese wenig «Erfolg» verspricht?

Die beiden Fragestellungen sollen im folgenden auf zwei Beispiele aus den Städten Zürich und Bern bezogen werden.

Beispiel 1:

## Die «Offene Planung Morgental» im Stadtkreis 2.

Zunächst einige Fakten [41]:

Im Januar 1978 wird im Rahmen einer Veranstaltung des Quartiervereins Wollishofen und im Beisein von drei Vertretern des Stadtrates ein von privater Seite erarbeiteter Sanierungsvorschlag für das Zentrum «Morgental» vorgestellt und diskutiert. Der Vorschlag wird einhellig abgelehnt. Die Versammlung beschliesst, das Problem «Morgental» sei im Rahmen einer «Offenen Planung» weiterzubearbeiten. Der Vorstand des Bauamtes I übernimmt den Vorsitz der Arbeitsgruppe «Offene Planung Morgental» (OPM). Dieser Arbeitsgruppe gehören rund 45 Personen an, darunter 9 Anwohner, 7 Vertreter der Stadtverwaltung, 8 Parteienvertreter, 8 Vertreter von quartierbezogenen Institutionen (u. a. Quartiervereine, Kirchgemeinde), 9 lokale und 3 überregionale Interessenvertreter (u. a. Hauseigentümerverband, TCS).

Vom März 1978 bis März 1980 trifft sich die Arbeitsgruppe OPM zu 16 Sitzungen. Sie erarbeitet u. a. einen Fragebogen, der im November 1978 über 8000 Personen und Haushaltungen zugestellt wird. Zu Beginn des Jahres 1979 können knapp 400 Fragebogen ausgewertet werden (dies entspricht einer Rücklaufquote von 5%). Im Anschluss daran formuliert und verabschiedet die Arbeitsgruppe quartierbezogene Zielsetzungen. In der Folge zeigt sich, dass die Hauptprobleme (vor allem der erhebliche Pendler- und Durchgangsverkehr) nicht allein am Knoten «Morgental» gelöst werden können. Die OPM schlägt deshalb auch Massnahmen stadtauswärts (an der Autobahnausfahrt «Wollishofen») und stadteinwärts (ein «Riegel» bei der Brunastrasse) vor.

Im November 1979 formiert sich, für die OPM überraschend, eine Gegnerschaft in Form einer Interessengemeinschaft von Gewerbetreibenden. Zur gleichen Zeit sammelt eine «Bewohnerinitiative Zwei» unter Betroffenen 1400 Petitionsunterschriften für die von der OPM vorgeschlagenen Massnahmen.

Im April 1980 werden diese Massnahmen für die Dauer eines 6monatigen Versuchs im «Tagblatt der Stadt Zürich» ausgeschrieben. Innerhalb der Einsprachefrist von 20 Tagen werden rund 200 Einsprachen eingereicht.

Die Abteilung für Verkehr des Polizeiamtes hat diese Einsprachen zu bereinigen [42]. Dann wird der Stadtrat Stellung nehmen, und zwar sowohl zum Inhalt der aufrechterhaltenen Einsprachen wie auch zur Legitimationsberechtigung einzelner Einsprecher. Gegen eine allfällige Absprache der Legitimation kann rekurrert werden; der Zeitbedarf hierfür kann beträchtlich sein – jedenfalls bleibt das Hauptverfahren solange sistiert. Wenn diese Frage gelöst ist, können nicht befriedigte Einsprecher ihre Bedenken beim Bezirksrat, dann beim Regierungsrat des Kantons Zürich und schliesslich bei der Justizabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements geltend machen.

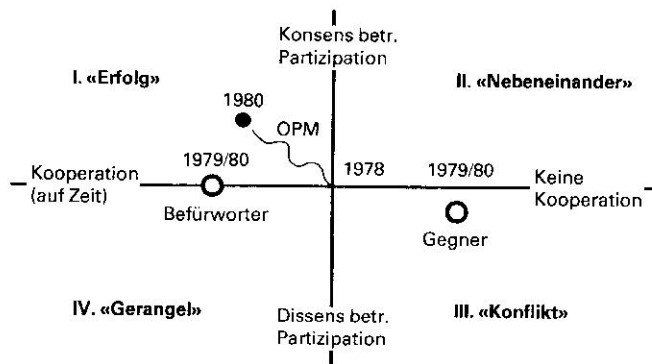
Etwa im Jahre 1984 wird entschieden sein, ob der im April 1980 ausgeschriebene Versuch durchgeführt werden kann oder nicht. Wenn ja, wird man sich über die Versuchsbedingungen und die Versuchsriterien zu einigen haben, kann dann den Versuch durchführen und ihn abschliessend auswerten.

Die Interpretation der Resultate und die Suche nach Abstrichen oder Kompromissen dürften 1986 möglich sein. Das Verfahren und der notwendige Zeitbedarf sind nicht klar. Wahrscheinlich muss der Stadtrat nochmals Stellung nehmen und entscheiden, ob der Versuch «gelungen» oder «misslungen» ist. Im ersten Fall wird ca. 1986/87 die definitive Variante ausgeschrieben. Daraufhin sind wieder Einsprachen möglich, das heisst, der soeben skizzierte Instanzenweg kann erneut beschritten werden. Dies beansprucht weitere 3–5 Jahre – m. a. W.: vor 1990 kann der

status quo auf Stadtgebiet in diesem Fall nicht verändert werden. Soviel zur Entstehung und bisherigen bzw. vermuteten weiteren Entwicklung der OPM.

Die Analyse dieses Beispiels kann nicht ausführlich sein; wir beschränken uns auf einige *auffällige Merkmale*:

1. Beim Versuch, das Beispiel im Fadenkreuz zu lokalisieren, fallen einem drei voneinander weitgehend isolierte und in sich relativ stabile bzw. träge Subsysteme auf: die OPM einerseits und die Gruppierungen der Gegner bzw. Befürworter andererseits



Zwischen diesen Subsystemen bestehen wohl Spannungen – die Sache selbst hingegen (Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im Quartier) kommt nicht voran und ist ohne Dynamik, weil zwischen den an der Sache Interessierten bzw. den von der Sache Betroffenen so etwas wie ein «Patt» besteht.

Die Erklärung hierfür liegt offensichtlich darin, dass in der OPM wesentliche Interessen entweder nicht vertreten waren oder nicht artikuliert und ausgetragen werden konnten. Der Ausdruck «Offene Planung» ist bei diesem Beispiel in mehrfacher Hinsicht *gefährlich und irreführend*:

– Bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe OPM (die wir als Teil der lokalen Elite interpretieren können) kann die Bezeichnung «offen» zur Selbsttäuschung beitragen, tatsächlich «offen» gegenüber Personen und Meinungen gewesen zu sein. Nachträgliche Einwände werden dann als Rückenschuss oder als ungerechtfertigte Kritik empfunden.

– Bei der Verwaltung kann der Eindruck entstehen oder sich verstärken, derartige Versuche einer Beteiligung von Quartierbewohnern seien viel zu aufwendig und sinnlos, weil sich offensichtlich ein Quartier nie «einigen» könne.

– Der informierte Teil der Bevölkerung, der die vorgeschlagenen Massnahmen unterstützt, ist verwirrt oder enttäuscht: Jetzt hat da doch eine OP noch ganz vernünftige Vorschläge gemacht, aber nichts passiert und alles ist für die Katz!

2. Es ist offensichtlich sehr riskant, Problemlösungen und Massnahmen zu erarbeiten und vorzuschlagen, wenn die Phase der Wahrnehmung und Erklärung von Problemstellungen nicht abgeschlossen oder nicht einsichtig ist oder lediglich durch eine Elite bestritten wurde. In diesen Situationen besteht die Gefahr, dass jedermann zu jeder Zeit weitere und andere Ziele, Kriterien oder Rechtsgüter geltend machen bzw. bisher anerkannte hinterfragen kann. Dadurch entsteht ein *Zustand der Ziel-, Rechts- und Kriterien-Willkür*; was geht vor, was gilt mehr: Sicherheit für Fussgänger? Verhinderung der weiteren Abwanderung und Entmischung der Bewohner? Garantien für bisherige Umsätze bei Ladenbesitzern und Gewerbetreibenden? Senkung des hohen Lärmpegels? Rechte und Freiheiten des Automobilisten?

3. Der angedeutete rechtliche Rahmen dünkt mich in zweifacher Hinsicht fragwürdig und unfair: Erstens kommt er eindeutig Personen und Gruppen entgegen, welche nichts verändern wollen (weil es um ihre «Sache»

gut bestellt ist!). Zweitens behindert der rechtliche Rahmen Personen und Gruppen, welche auch in wirtschaftlicher, sozialer und/oder fachlicher Hinsicht (eher) benachteiligt sind.

4. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass «Offene Planungen» kein Instrument einer «Stadtplanung mit den Betroffenen» sein können, weil diese zeitlich und inhaltlich und personell eingeschränkte Form der Mitsprache die bestehenden strukturellen Benachteiligungen und Behinderungen nicht auszugleichen oder aufzuheben vermag.

*Beispiel 2:*

### Die «Pilotstudie Länggasse» in Bern [43].

Dieser auf vier Jahre angesetzte Versuch enthält u. a. auch das *Projekt «Bevölkerungsnaher Quartierplanung Länggasse»*. Einige Fakten zu diesem Beispiel [44]: Im November 1978 erteilte das Stadtplanungsamt Bern einem Gemeinwesenarbeiter den Auftrag,

- ein quartierbezogenes «Scharnier» zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung aufzubauen,
- an Quartierfragen interessierte Einzelpersonen und Gruppen zu begleiten bzw. zu organisieren, und
- Sachbearbeiter der Verwaltung in Fragen des Umgangs und Kontakts mit den Bewohnern zu beraten.

Ein Jahr später, im November 1979, wird in einem vom Stadtplanungsamt gemieteten kleinen Ladenlokal der sog. «Länggass-Treff» eröffnet.

Ein weiteres Jahr später, Ende 1980, kann folgende Zwischenbilanz gezogen werden:

- Es besteht eine sog. «Projektgruppe». Sie trifft sich alle 2–3 Monate zu offenen Sitzungen. Sie setzt sich zusammen aus Mitgliedern und Vertretern der sog. «Aktionsgruppen» (d. h. von quartierbezogenen Arbeitsgruppen und Vereinigungen); aus Einzelpersonen, die sich mit einem Quartierproblem beschäftigen; aus Sachbearbeitern der Verwaltung.

Die Sitzungen der Projektgruppe dienen ausschliesslich dem Austausch von Informationen: Bewohner berichten von ihren Aktivitäten und Problemen, Vertreter der Verwaltung orientieren über Planungsabsichten und vorgesehene Untersuchungen u. ä., alle Teilnehmer informieren über ihnen bekannte Vorhaben von Privaten, Universität, Spital usw. Die Projektgruppe bearbeitet also keine Quartierfragen und fällt auch keine diesbezüglichen Entscheidungen.

- Der Projektgruppe beigestellt sind gleichsam drei Organe oder Stäbe: die Arbeitsgruppe «Länggass-Treff» (zuständig für Betreuung und Betrieb des Ladenlokals), die Arbeitsgruppe «Information» (zuständig für die Herausgabe des monatlich erscheinenden «Länggass-Blatts») und der Gemeinwesenarbeiter.

- Die völlig selbständigen und autonomen «Aktionsgruppen». Sie sind das wichtigste beim ganzen Versuch, weil sie die quartier- und sachbezogene Arbeit leisten.

Als «Aktionsgruppe» gilt jede Einzelperson oder Gruppierung, welche quartierbezogen arbeitet und aktiv ist – unabhängig davon, ob dies dauernd oder bloss vorübergehend geschieht. Als «Aktionsgruppen» beteiligen sich u. a.:

- «Aufgabenhilfe Länggasse»
- Arbeitsgruppe «Länggass-Schulen»
- «Bern bleibt grün»-Länggasse
- «Bewohner Erlachstrasse»
- «Elterngruppe Länggasse»
- Die Quartiersektionen der FDP, SVP, SP und der POCH
- Kirchgemeinden
- Kindergartenverein
- Kinderwerkstatt Länggasse
- Kulturgruppe Länggasse

- Länggass-Leist (Quartierverein)
- Aktionsgruppe «Velowege»
- Arbeitsgruppe «Wohnlichere Blumenstein- und Länggass-Strasse»
- «Bewohner Bühlstrasse/Finkenhubel»
- Spielplatzgruppe «Seigenweg»
- Gruppe «Wohnstrasse» an der Hallerstrasse
- Gruppe «Wohnstrasse» an Wachtel-, Drossel- und Distelweg

Bis Ende 1980 sind unter anderem folgende Probleme aufgegriffen und bearbeitet worden:

- Planung Fusswegnetz bzw. Schulwegsicherung
- Velowegplan Länggasse
- Spielplatz Seidenweg
- Fragen im Zusammenhang mit geplanten Neubauten
- Untersuchung der Baustruktur in einem Teilgebiet des Quartiers
- Vorbereitungsarbeiten für Wohnstrassen
- Ausstellungen und Anlässe im Länggass-Treff

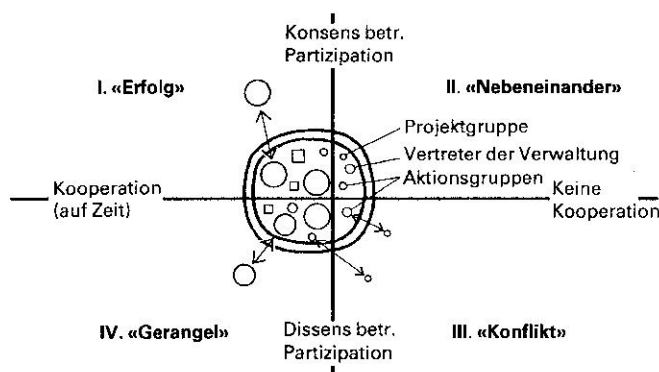
Soweit einige Informationen zum 2. Beispiel. Bei der Beurteilung und Bewertung müssen wir uns auch hier auf einige *wichtige Merkmale* beschränken:

1. Bei der «Bevölkerungsnahen Quartierplanung Länggasse» handelt es sich um ein vom Parlament und bei Behörden und Verwaltung *abgesichertes Projekt*. Dies ermöglichte den Beizug eines Gemeinwesenarbeiters im Auftragsverhältnis und die Übernahme der Mietkosten des Quartiertreffs durch die Verwaltung.

2. Mit der allen Aktionsgruppen und Einzelpersonen offenstehenden «Projektgruppe» konnte ein «Bindeglied» zwischen Verwaltung und Behörden einerseits und Bewohnern und Betroffenen andererseits geschaffen werden.

Dies ist meines Wissens der einzige Versuch in der Deutschschweiz, «Stadtplanung mit den Betroffenen» zu institutionalisieren.

Die graphische Darstellung dieses Versuchs im Fadenkreuz verdeutlicht grundlegende Unterschiede gegenüber anderen Beispielen der Partizipation:



In der Projektgruppe treffen und informieren sich Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Feldern – ohne ihre Autonomie, ihre Initiative oder ihre spezifischen Interessen und Anliegen aufgeben zu müssen. Es ist und bleibt z. B. Sache der Kulturgruppe, welche Dichter sie zu Lesungen in den «Länggass-Treff» einlädt. Auch kann und soll jede Aktionsgruppe direkt an das Stadtplanungsamt oder an andere Verwaltungsstellen gelangen; die Art der Zusammenarbeit zwischen Aktionsgruppen und Verwaltungsstelle wird durch die Beteiligten selbst bestimmt.

3. Die Zusammensetzung der Projektgruppe gewährleistet auf unbürokratische Weise eine weitgehende Repräsentativität der Quartierwirklichkeit: Zum einen bleiben Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Schule, Bildung und Kultur, Verkehr usw. relativ integriert – zum

anderen vertreten in der Regel nicht Repräsentanten und Funktionäre die «Betroffenen», sondern diese sich selbst.

4. Die «Bevölkerungsnahen Quartierplanung Länggasse» ist ein *Erfahrungs- und Lernfeld* nicht nur für Betroffene, sondern auch für die Mitarbeiter der Verwaltung. Erfahrungen und Einsichten, die hier gewonnen werden, kommen – etwa im Falle von Wohnstrassen – auch anderen Quartieren zugute.

5. Mit der «Pilotstudie Länggasse» können und sollen die bestehenden politischen Kompetenzausscheidungen und die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht unterlaufen werden. Auch eine bevölkerungsnahen Quartierplanung kann störende Neubauten, unerwünschte Parkhäuser oder überriessene Renovierungen von Wohnhäusern nicht verhindern. Gerade zu diesen Fragen sind jedoch vom Versuch Hinweise zu erwarten, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Ausmass politische Teilautonomie eines Quartiers anzustreben und zu vertreten wäre.

Eine abschliessende Bemerkung zur Gemeinwesenarbeit. «Gemeinwesenarbeit» ist eine Sammelbezeichnung für (in der Regel professionelle) Aktivitäten des Initiierens, Begleitens und Betreuens von demokratisch-partizipativen Prozessen des Formulierens und Lösen von sozialen Problemen in grösseren sozialen Gebilden territorialer Art (z. B. Quartiere), funktionaler Art (z. B. Schulen oder Betriebe) oder kategorialer Art (z. B. italienische Mütter).

Als Bestandteil der Sozialarbeit ist die Gemeinwesenarbeit spezifischen Adressaten verpflichtet: nämlich jenen Personen und Gruppen, die die unteren und untersten Positionen im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gefälle einnehmen oder einzunehmen haben; Personen und Gruppen also, die nicht nur im Rahmen einer Gesellschaft, einer Organisation oder eines Quartiers «am Rande» stehen und marginal sind; Personen und Gruppen, welche in der Regel zugleich auch für andere Berufe und für die politischen Akteure unattraktiv sind [45].

Von einer «Stadtplanung mit den Betroffenen» kann erst gesprochen werden, wenn auch diesen Personen und Gruppen Partizipation ermöglicht und erlaubt wird.

#### Anmerkungen

[1] Ein Überblick über die Organisation der Stadtplanung in 28 Städten der Schweiz findet sich in BSP (Hrsg.) 1980: p. 212–215; Meyrat-Schlee & Willimann 1979: p. 304 ff.

[2] Schelsky 1969: p. 15

[3] Grimm & Grimm 1897: Spalten 3169 ff.

[4] Siehe u. a.: Hischier & Kriesi 1980; Kley 1980; Kriesi 1980; Neidhart & Hoby 1977

[5] Holenweger & Mäder 1979; Artikelserie «Selbstverwaltete Betriebe», Tages-Anzeiger-Magazin 1980, Nr. 36–46; literarischen Ausdruck findet diese Bewegung in der Rede von Otto F. Walter zum 10jährigen Bestehen der Schweizerischen Journalisten-Union 1980

[6] Zur Unterscheidung von «Problemstellung» und «Problemlösung» siehe Seidel 1976

[7] Parolen der Zürcher Jugendbewegung; vgl. auch das Spiegel-Gespräch mit Jugendlichen in Nr. 52/1980: p. 33–52

[8] Bloch 1976: p. 1625 ff.

[9] Im Rahmen des ORL-Kolloquiums 1980/81 («Die Stadt als Auftrag») ist diese Position von Stadtrat Dr. R. Aeschbacher in seinem am 18. Dez. 1980 gehaltenen Referat «Stadtplanung als politischer Prozess» vertreten worden; vgl. hierzu die Besprechung des Referats im Tages-Anzeiger vom 22. Dez. 1980: p. 15

[10] Siehe hierzu Etzioni 1975: «Anders als die Freisetzung von latenter Energie in physikalischen Molekülen erfordert die Freisetzung von sozialer Energie nicht die Zertrümmerung der Einheit, sondern ihre Transformation. Auf der einen Seite muss die soziale Einheit erhalten und sogar gestärkt werden (...) Auf der anderen Seite können soziale Einheiten nur in dem Mass aktiv an der Gesellschaft teilhaben, indem sie einen Teil der Energie, den sie und ihre Mitglieder generieren, in öffentliche Energie transformieren» (31).

[11] Dokumentation und Übersichten dazu: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) 1976; Bund Schweizer Planer (BSP) 1976; Schilling 1973: p. 78 ff.; Ulram 1980; Vilmar 1973

- [12] Diemel 1978: Eine kritische Zusammenfassung dazu in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) 1977: p. 21
- [13] CoCo-Forum für Gemeinschaftsaktionen/GDI (Hrsg.) 1979; Schilling 1973; Weiss, Lanz et al. 1980
- [14] Siehe Anmerkung 5
- [15] Eine der ersten Anregungen in dieser Richtung findet sich in einem Kommissionsbericht der FDP der Stadt Zürich aus dem Jahre 1944, auszugsweise abgedruckt in Rellstab 1980: p. 108 f.
- [16] Zum Beispiel der wöchentliche «Briefkasten des Stadthauses» im Tagblatt der Stadt Zürich
- [17] Zum Beispiel die regelmässigen Sprechstunden des Vorstands des Bauamtes I der Stadt Zürich, Stadtrat Dr. R. Aeschbacher
- [18] Zum Beispiel zu verschiedenen Themen durch den «Züri Leu» (Gratisanzeiger im Raum Zürich); die grösser angelegte Meinungsumfrage des Stadtplanungsamtes über «Qualitäten und Mängel der Stadt Zürich», 1976
- [19] Zum Beispiel die freiwilligen Quartierstudien des Zürcher Ingenieur- und Architektenvereins (ZIA) 1977
- [20] Brech & Greiff 1978 und 1979; Ditzen 1976
- [21] Zum Beispiel in der Stadt Zürich unter der Leitung des Sozialamtes (Jugendamt III) in den Stadtkreisen 4, 6 und 12
- [22] Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) 1976
- [23] Linder 1978/79: p. 38; Tschäni 1975
- [24] Eine neue Analyse dazu liefert Kriesi 1980; eine Kurzbesprechung dieser Habilitationsschrift findet sich in: Das Konzept, Nov. 1980: p. 1 ff.
- [25] Linder 1978/79; Kriesi 1980
- [26] Hischer & Kriesi 1980: p. 376
- [27] Hoby 1980: p. 393, 395
- [28] Hischer & Kriesi 1980: p. 380
- [29] Strategien für solche Entwicklungen entwickeln und beschreiben Staub & Staub 1980
- [30] Der Ausdruck stammt von Vester 1978
- [31] Eine literarische Beschreibung dieses Wegs stammt von Callenbach 1978
- [32] Zitiert nach Rellstab 1980: p. 3
- [33] Vgl. dazu Staub & Staub 1977, speziell: p. 72-84
- [34] Siehe Anmerkung 1
- [35] Information von Stadtrat Dr. R. Aeschbacher, siehe Anmerkung 9
- [36] Müller (1978) beschreibt die Reform der Sozialverwaltung in Berlin-West; Ullram (1978 und 1980) analysiert das Verhältnis von lokalen Basisinitiativen zu Institutionen und Verfahrensweisen kommunaler Politik und Verwaltung in Wien, Stockholm und Bologna
- [37] Vgl. ausführlich hierzu Staub 1978
- [38] Brändle 1979; Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) 1978: p. 69-92; Etzioni 1975: p. 625-674
- [39] Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) 1977: p. 58
- [40] Rothman et al. 1979: p. 118 ff.
- [41] Ich stütze mich dabei auf Selbstdarstellungen der «Offenen Planung Morgental» in: «Zürich 2» (Quartierzeitung für Enge, Wollishofen und Leimbach) vom 19. 6. 80 und 26. 6. 80
- [42] Die Angaben über das weitere Verfahren verdanke ich Herrn Böhni von der Abt. Verkehr der Stadtpolizei Zürich
- [43] Beschluss des Stadtrates (Legislative) von Bern vom 2. Mai 1979
- [44] Informationen und Unterlagen zu diesem Beispiel verdanke ich Edi Martin, beauftragter Gemeinwesenarbeiter des Stadtplanungsamtes Bern
- [45] Es ist ein Verdienst von Silvia Staub (1980), den Gegenstand der Sozialarbeit, nämlich die «kumulative soziale Marginalität», klar erarbeitet zu haben
- Brech, J. & Greiff, R. (Hrsg.) (1976) Bürgerbeteiligung mit Experten; Berichte und Analysen zur Anwaltsplanung, Weinheim
- dies. (1979) Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Anwaltsplanung für das Darmstädter Stadterweiterungsgebiet Neu-Kranichstein, in: Deutscher Landesausschuss des internationalen Rates für Soziale Wohlfahrt (Hrsg.), Sozialplanung und Gemeinwesenarbeit auf örtlicher Ebene, Frankfurt/M
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.), Partizipation bei der Stadtplanung. Literatursammlung. Schriftenreihe «Städtebauliche Forschung» 03.048, 1976
- dies. (1977) Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklungsplanung und im Wohnbereich bei Vorhaben im Hamburger Raum. Schriftenreihe «Städtebauliche Forschung» 03.056, 1977
- dies. (1978) Zusammenhang von gebauter Umwelt und sozialem Verhalten im Wohn- und Wohnumweltbereich. Schriftenreihe «Städtebauliche Forschung» 03.062, 1978
- Bund Schweizer Planer/BSP (1976), Die Beteiligung der Öffentlichkeit am Planungsprozess. Tagungsunterlagen, o. O.
- dies. (1980) Stadtplanung in der Schweiz. 28 Schweizer Städte stellen ihre Planung vor. Eine Dokumentation des BSP, Nieder- teufen
- Callenbach, E. (1978) Ökoptopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999, Berlin
- CoCo-Forum für Gemeinschaftsaktionen des Gottlieb-Duttweiler- Instituts (Hrsg.) (1979) Handbuch für Gemeinschaftsaktionen. Ein Rezeptbuch mit Anleitungen, Beispielen, Adressen und einem umfangreichen rechtlichen Teil, Zürich
- Diemel, P. C. (1978) Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Ditzen, L. (1976) Institutionalisierte Anwaltsplanung in Holland, in: Arch+, Heft 29, 1/1976, S. 17-19
- diverse Verfasser (1980) Artikelserie «Selbstverwaltete Betriebe» im Tages-Anzeiger-Magazin Nr. 36-46/1980
- Etzioni, A. (1975) Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse, Opladen
- Grimm, J. & Grimm, W. (1897) Deutsches Wörterbuch, IV. Band, 1. Abteilung, 2. Teil, Spalten 3169 ff.
- Hischer, G. & Kriesi, H.-P. (1980) Der politische Stil in der Schweiz. Unkonventionelle Gedanken über politische Konventionen, in: Hischer, G., Levy, R. & Obrecht, W. (Hrsg.) Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Heintz, Diessenhofen 1980, S. 367-383
- Hoby, J. P. (1980) Legitimationsprobleme der Verwaltung, dargestellt am Beispiel ihrer Rolle im Vorverfahren der Gesetzgebung, in: Hischer, G., Levy, R. & Obrecht, W. (Hrsg.) Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Heintz, Diessenhofen 1980, S. 385-396
- Holenweger, T. & Mäder, W. (1979) Inseln der Zukunft? Selbstverwaltung in der Schweiz, Zürich
- Kley, R. (1980) Stimmabstänzen – vor allem «systembedingt», in: Tages-Anzeiger vom 17. 12. 1980, S. 47 f.
- Kriesi, H.-P. (1980) Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik, Frankfurt/M
- Linder, W. (1978/79) Planung in der direkten Demokratie – eine Aufgabe institutioneller Reform, in: Aktuelle Urbanisationsprobleme 1978/79, Heft 3/4, S. 36-39
- Meyrat-Schlee, E. & Willmann, P. (1979) Neue Tendenzen in der Stadtplanung. Analyse von Gesprächen mit Stadtplanern von 14 Schweizer Städten, in: Bauwelt 1979, Heft 36, S. 303-307
- Müller, C. W. (1978) Die Dezentralisierung der sozialen Dienste und ihre Konsequenzen für Gemeinwesenarbeit, Riva del Garda (Vervielf.)
- Neidhart, L. & Hoby, J.-P. (1977) Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstänzen in der Schweiz. Ein Forschungsbericht im Auftrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Zürich
- Rellstab, U. (1980) Stadt-Quartier. Quartier-Arbeit anhand eines Zürcher Beispiels, Zürich
- Rothman, J., Erlich, J. L. & Teresa, J. G. (1979) Innovation und Veränderung in Organisationen und Gemeinwesen. Ein Handbuch für Planungsprozesse, Freiburg/B
- Schelsky, H. (1969) Über die Abstraktheiten des Planungsbegriffes in den Sozialwissenschaften, in: Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster (Hrsg.) Zur Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung. Beiträge zur Raumplanung, Band I, Münster
- Schilling, R. (1973) Die Demokratie der Teilnahme. Ein politisches Kochbuch, Zürich

## Literatur

- Aeschbacher, R. (1980) Stadtplanung als politischer Prozess. Referat im Rahmen des ORL-Kolloquiums 1980/81 (Die Stadt als Auftrag) vom 18. Dezember 1980
- Bloch, E. (1976) Das Prinzip Hoffnung, 3 Bände, Frankfurt/M
- Brändle, M. (1979) Stadt als Heimat, Umwelt, Fremde. Anmerkungen zum Umgang mit Städten und Städtern, in: Huber, B. et al. Urbanisationsprobleme in der Ersten und in der Dritten Welt. Festschrift für Walter Custer, Zürich 1979, S. 39-46

- Seidel, R. (1976) Denken – Psychologische Analyse der Entstehung und Lösung von Problemen, Frankfurt/M
- Stadtplanungsamt Zürich (1976) Qualitäten und Mängel der Stadt Zürich. Die wichtigsten Ergebnisse einer Meinungsumfrage, Zürich
- Stadtplanungskommission, Ausschuss «Stadterneuerung» (1976) Problemkataloge der Testgebiete Gewerbeschulquartier und Äusseres Seefeld, Zürich
- Staub, S. (1978) Soziale Probleme – Dimensionen ihrer Artikulation. Umriss einer Theorie Sozialer Programme als Beitrag zu einem theoretischen Bezugsrahmen der Sozialarbeit. Diss. Universität Zürich (erscheint voraussichtlich 1981 im Verlag Rüegger, Diessenhofen)
- Staub, S. (1980) Soziale Probleme – Grundlage der Eigenständigkeit und Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeitern und anderen Sozialtätigen (Vervielf. Manuskript, Zürich)
- Staub, K. & Staub, S. (1977) Skizzen zu einer handlungswissenschaftlichen Projekt-Praxis, -Theorie und -Forschung im Hinblick auf Probleme und Akteure des Sozialwesens und der Sozialarbeit, in: Schweiz. Zeitschrift für Soziologie, No 2/77, S. 63–96
- dies. (1980) Strategien gesellschaftlich Marginaler gegenüber strukturellen Problematiken – Aspekte der Praxis-Relevanz der makrosoziologischen Theorie von Peter Heintz, in: Hischier, G., Levy, R. & Obrecht, W. (Hrsg.) Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Heintz, Diessenhofen 1980, S. 555–589
- Tschäni, H. (1975) Demokratie auf dem Holzweg, Zürich
- Ullrich, P. A. (1978) Zwischen Bürokratie und Bürger: Sozialistische Kommunalpolitik in Wien, Stockholm und Bologna, Wien
- dies. (1980) Basisinitiativen und Verwaltungsorganisation: Erfahrungen aus Wien, Stockholm und Bologna, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 127. Jg., 7/1980, S. 167–173
- Vester, F. (1978) Unsere Welt – ein vernetztes System, Stuttgart
- Vilmar, F. (1973) Strategien der Demokratisierung, Band I: Theorie der Praxis. Band II: Modelle und Kämpfe der Praxis, Darmstadt & Neuwied
- Walter, O. F. (1980) Erst wenn das letzte Wort dagegen verstummt. Notiz aus der Grauzone (Ansprache zum 10jährigen Bestehen der Schweiz. Journalisten-Union), in: Der öffentliche Dienst, Nr. 51/52/1980, S. 2f.
- Weiss, M., Lanz, P. et al. (1980) Handbuch für Quartier-Verbesserer, Zürich
- Zürcher Ingenieur- und Architektenverein/ZIA (1977) Freiwillige Quartierstudien in Zürich, hrsg. vom Stadtplanungsamt Zürich



**Dokumente und Informationen  
zur Schweizerischen  
Orts-, Regional- und Landesplanung**

# **DISP Nr. 63**

**Juli 1981**

**Institut für  
Orts-, Regional- und Landesplanung  
ETH Zürich**